

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

WISO

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Reinhard Raml, Aleksandra Waldhauser: Langzeitarbeitslosigkeit und ihre gravierenden Folgen für die Betroffenen und die Gesellschaft • **Viktoria Reisinger, Philipp Gerhartinger:** Budgetpolitik des Landes Oberösterreich: Chancen versus Schulden? • **Franz Astleithner, Bettina Stadler:** Möglichkeiten der Arbeitszeitverkürzung: Beispiele aus der Praxis • **Manuela Hiesmair, Thomas Schmatz:** Auswirkungen des Schulbetriebs während der Covid-19-Pandemie auf oberösterreichische Familien mit Schulkindern

WISO Studierendenforum

Paul Andel: Vorstellungen über Verteilungsgerechtigkeit in Österreich • **Loren Grbic, Stephanie Hamader, Christoph Hiemetsberger, Tamara Kriechbaum:** „Von Hundert auf Null“ – Die Disruption der Arbeits- und Lebenslagen solo-selbstständiger KünstlerInnen in der Pandemie

WISO Studierendenforum

Paul Andel

Vorstellungen über Verteilungsgerechtigkeit in Österreich

Masterarbeit am Institut für Soziologie
der Universität Wien

92

Vorstellungen über Verteilungsgerechtigkeit in Österreich

Paul Andel

1. Einleitung

Die Vermögens- und Einkommensungleichheit hat in den europäischen Gesellschaften der letzten Jahrzehnte einen nie dagewesenen Anstieg erlebt¹. Die Wirtschaftskrise von 2008 und die damit verbundene Last für viele europäische Gesellschaften – nicht zuletzt in Form eines Popularitätsschubs autoritärer politischer Parteien – haben den Fokus auf sich vergrößernde soziale und ökonomische Ungleichheiten ebenso wie gegenwärtige Verteilungsmechanismen gelegt. Auch im Angesicht der aktuellen Pandemie stellt sich die Frage, wer für die Kosten der Krise aufkommt bzw. wie diese verteilt werden.

Für europäische Gesellschaften gilt es, die individuellen Rechte und Freiheiten zu gewährleisten, ohne die ökonomische Nachhaltigkeit oder den öffentlichen Gerechtigkeitssinn zu beschädigen. Dafür bedarf es einer umfassenden und systematischen Kenntnis darüber, wie Menschen Ungleichheit empfinden und darauf reagieren, ebenso wie des Wissens um die wichtigsten Faktoren, die die Legitimation von Ungleichheiten beeinflussen. Ungleichheiten werden dann als legitim angesehen, wenn sie die normativen Erwartungen des oder der Beurteilenden, wie Ressourcen verteilt werden sollen, erfüllen.

Auch wenn die Frage nach dem Wesen von Gerechtigkeit individuell und strukturell variiert, so ist der Wunsch, in einer gerechten Gesellschaft zu leben, fundamental und allgegenwärtig. Personen unterstützen nicht nur politische Vorgehensweisen, welche mit ihren normativen Gerechtigkeitserwartungen korrespondieren, sondern werden auch zu besseren und engagierteren BürgerInnen². Nach Stefan Hradil³ geht es unter anderem darum, wie viel an Ungleichheit eine Gesellschaft akzeptieren kann, damit sie von ihren Mitgliedern weiterhin als legitim angesehen wird.

Michael Walzer⁴ beschreibt die menschliche Gesellschaft als „eine Distributions-, eine Verteilungsgemeinschaft. Damit ist zwar nicht alles über sie gesagt, aber doch das Wesentliche, denn es sind tatsächlich der gemeinsame Besitz, die Verteilung und der Tausch

von Dingen, die uns zweckhaft zusammenführen“. Die Vorstellungen darüber, wann eine Verteilung gerecht ist, können stark variieren⁵.

Dieser Beitrag⁶ behandelt die Einstellungen in Österreich zur gerechten Verteilung von Gütern bzw. Ressourcen. Dabei geht es um die Präferenz von Gerechtigkeitsprinzipien, also welche Verteilungsordnung im Soll-Zustand in den Augen der RespondentInnen als gerecht erachtet wird. Die Forschungsfrage lautet:

„Durch welche Faktoren werden in Österreich Einstellungen zu Prinzipien der ordnungsbezogenen Verteilungsgerechtigkeit in einer Gesellschaft beeinflusst?“

2. Vier Prinzipien ordnungsbezogener Verteilungsgerechtigkeit

In der soziologischen Gerechtigkeitsforschung werden vier Makroprinzipien der Verteilungsgerechtigkeit unterschieden. Die vorgestellten Prinzipien treten in der Realität meist in Mischformen auf. Obwohl inhaltlich widersprüchlich, bedingen die Prinzipien einander bis zu einem gewissen Grad.

- Das **Beitrags- oder Leistungsprinzip** basiert auf der **Equity-Theorie** und macht die Aufteilung davon abhängig, „welche Leistungen oder Beiträge investiert wurden, um das gemeinsame Ergebnis relativ dazu aufzuteilen, d.h. die Gewinne werden proportional zu den Vorleistungen verteilt“⁷. Die Individuen legen Wert auf ausgewogene Austauschbeziehungen und streben danach, Unausgewogenheit zu beseitigen. Darum werden sie gemäß ihrer Investitionen, ihres Beitrags oder Inputs gerecht entlohnt⁸.
- Dem **Equality- oder Gleichheitsprinzip** zufolge sollen allen Menschen – bedingungslos – im selben Ausmaß Güter zugeteilt und Bürden aufgelastet werden. Es stellt das historisch, stammes- und individualgeschichtlich älteste aller Gerechtigkeitsprinzipien dar. Bei der Verteilung von Ressourcen dominiert es oft und dient als kognitiver Anker, von dem ausgehend bei begründetem Bedarf Adjustierungen vorgenommen werden⁹.
- Eine auf den **Bedürfnissen (Need)** fußende Vorstellung von Gerechtigkeit lässt sich vorwiegend in engen, solidarischen Gemeinschaften wie der Familie finden. Durch die Vertrautheit der Mitglieder wird davon ausgegangen, dass jede Person ihre tatsächlichen Bedürfnisse kundgibt und nicht – wie es in grö-

ßeren Gruppen denkbar erscheint – durch falsche Aussagen mehr zu bekommen versucht, als sie braucht. Bei der Anwendung dieses Prinzips auf größere Gruppen oder die gesamte Gesellschaft ergibt sich die Frage, wie Bedürfnisse festgestellt bzw. gemessen werden können und auf welche Grundbedürfnisse man sich festlegt (neben dem genannten Problem der wahrheitsgemäßen Angaben).

- Beruhend auf Gerald S. Leventhal¹⁰ beschreibt Liebig¹¹ das **Status-, Desert- oder Anrechtsprinzip**. Die Zu- und Verteilung von Gütern und Lasten erfolgt hier auf der Grundlage von askriptiven Anrechten (z.B. Herkunft, Geschlecht) „oder in der Vergangenheit erworbenen Anrechten. [...] So kann es beispielsweise als gerecht gelten, dass Männer ein höheres Erwerbseinkommen erhalten als Frauen, mit der Begründung, Männern komme schließlich die Aufgabe zu, die Familie zu ernähren“.

Die Gerechtigkeitsprinzipien variieren signifikant zwischen Ländern und Kulturen. Der soziale, kulturelle und historische Kontext spielen eine Rolle. Beispielsweise zeigen Studien, dass RespondentInnen aus den USA das Equity-Prinzip signifikant mehr bevorzugen als jene aus Europa und Asien, welche das Gleichheits- oder Bedürfnisprinzip für gerecht erachten¹².

3. Die Utilitarismus-These

Wie sich in der empirisch-soziologischen Gerechtigkeitsforschung zeigt, ist die Präferenz von Gerechtigkeitsideologien auch als Ausdruck der rationalen Interessen einer Person zu erklären¹³. Gerechtigkeitsurteile sind demnach durch die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gesellschaft und der darin eingenommenen sozialen Position bestimmt¹⁴. Die Individuen erachten jene Prinzipien als gerecht, welche ihnen gegenüber anderen einen Vorteil in der Zuteilung von Gütern und Bürden verschaffen.

Für solche utilitaristisch geprägten Bevorzungen von Gerechtigkeitsprinzipien gibt es ausreichend Hinweise, welche die Annahme bestätigen, dass Individuen mit niedrigem sozioökonomischen Status die Prinzipien von Need und Equality sowie solche mit hohem Status das Equity- oder Entitlement-Prinzip präferieren¹⁵. Der sozioökonomische Status wird klassischerweise über Einkommen, Beruf und Bildung bemessen.

Individuelle Vorstellungen von Gerechtigkeit haben gesellschaftliche Ursachen und Konsequenzen. Was als gerecht empfunden wird, ist demnach abhängig von der jeweiligen Gesellschaft und der Position darin¹⁶. Daher ist es „eine empirisch zu beantwortende Frage, wie weit die Pluralität der Gerechtigkeitsstandpunkte in einer Gesellschaft reicht“¹⁷.

Es ist also einerseits anzunehmen, dass Gerechtigkeitsvorstellungen auf Statuspositionen und damit einhergehende (materielle) Interessen zurückgehen. Andererseits ist dies aber konkret empirisch zu prüfen bzw. nachzuweisen, wobei gerade unerwartete Abweichungen von dieser These interessant sein können.

4. Ergebnisse

Empirisch wurden die Umfrageergebnisse des European Social Survey in Österreich aus dem Jahr 2018 ausgewertet. In diesem Datensatz befinden sich 2499 Fälle.

Die vier Prinzipien distributiver Gerechtigkeit werden in vier Fragen über die Gesellschaft im Allgemeinen operationalisiert. Es werden also keine sozialen Beziehungen, Einheiten oder Sphären, auf welche sich die Prinzipien jeweils beziehen, unterschieden, sondern ein Bezug zur gesamten Gesellschaft hergestellt.

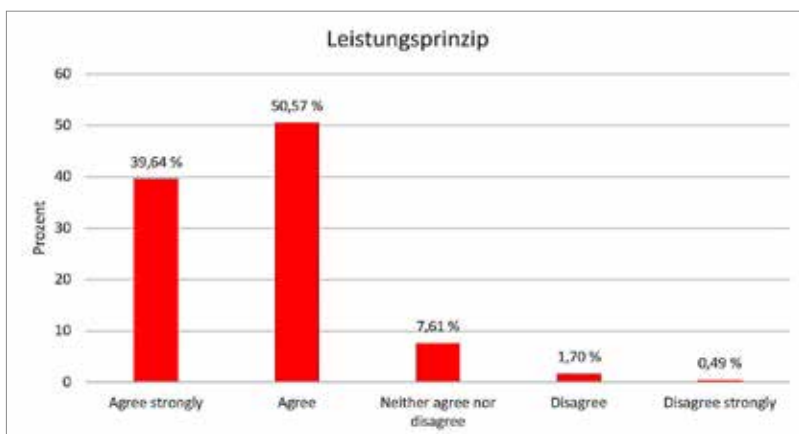
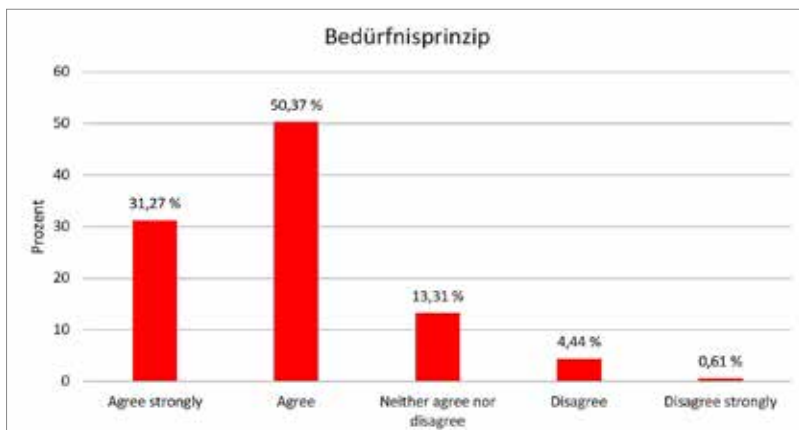
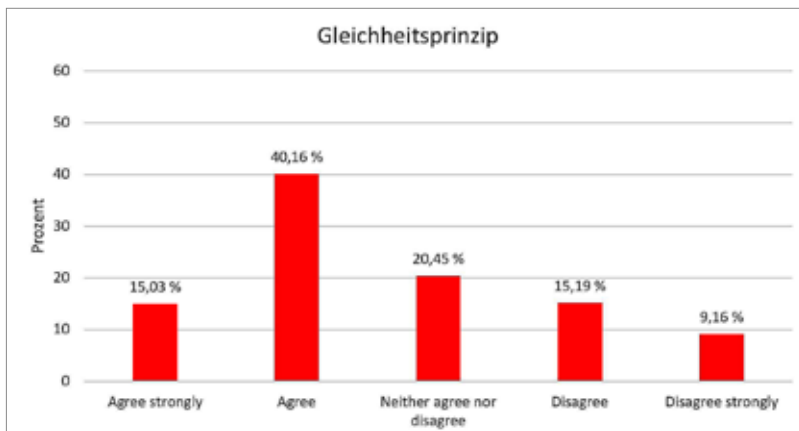
Der genaue Wortlaut der Fragen:

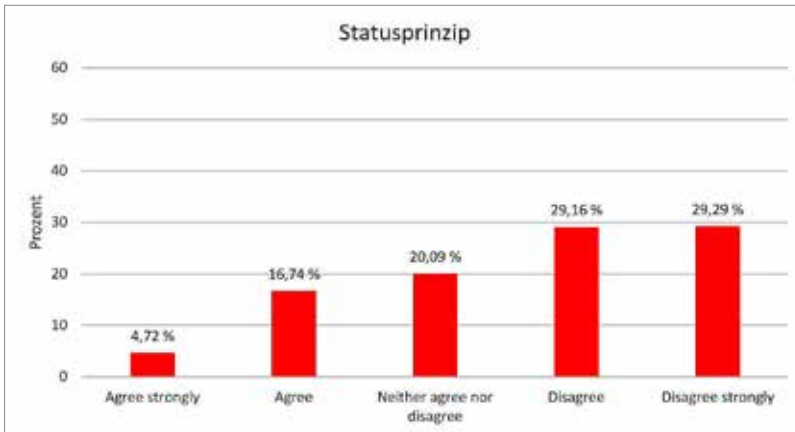
Nun einige Fragen zur Gesellschaft im Allgemeinen.

Es gibt viele verschiedene Ansichten darüber, was eine Gesellschaft gerecht oder ungerecht macht. Wie sehr stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder lehnen diese ab?

- Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn Einkommen und Vermögen gleichmäßig auf alle Menschen verteilt sind.
- Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn hart arbeitende Menschen mehr verdienen als andere.
- Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn sie sich um Arme und Bedürftige kümmert, unabhängig davon, was diese der Gesellschaft zurückgeben.
- Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn Menschen aus Familien mit hoher gesellschaftlicher Stellung Privilegien in ihrem Leben genießen können.

4.1 Univariate Auswertung





Das Leistungsprinzip erfährt eine überwältigende Zustimmung von über 90 % der Befragten. Dies mag mit der Operationalisierung im Zusammenhang stehen: Ist von „hart arbeitenden“ Menschen die Rede, kann a priori eine große Zustimmung in Bezug auf diese moralisch deutlich positiv aufgeladene Begrifflichkeit angenommen werden. Darüber hinaus zeigt sich hier der Einfluss der seit den 1980er-Jahren den Diskurs bestimmenden neoliberalen Idee: Jede Person ist ihres eigenen Glückes Schmied, der Staat hat dem Spiel der Marktkräfte so weit wie möglich freien Lauf zu lassen und die adäquate Belohnung individueller harter Arbeit steht im Vordergrund.

Dass mehr als vier von fünf Personen das Bedürfnisprinzip für gerecht erachten, legt den Schluss nahe, dass die Menschen in Österreich eine Kombination dieser beiden Prinzipien präferieren: Das Existenzminimum soll gesichert sein, und alles, was darüber hinaus geht, liegt in der individuellen Verantwortung einzelner. Interessant erscheint in diesem Zusammenhang die hohe Zustimmung trotz Bezugs auf die gesamte Gesellschaft: Nachdem angenommen werden kann, dass die Befragten mit dem Begriff „Gesellschaft“ eine größere soziale Einheit wie den Nationalstaat, den Teil eines Kontinents bzw. einen gesamten Kontinent oder Erdteil (wie Mitteleuropa oder die westlichen Industrie- und Wohlfahrtsstaaten) in Verbindung bringen, kann die in der theoretischen Konzeption des Need-Prinzips angenommene Nähe zwischen den Mitgliedern einer solidarischen Gemeinschaft nicht existieren. Die „Gesellschaft“ wird also scheinbar von vielen Menschen auch als solidarische Gemeinschaft aufgefasst. Die hohe

Zustimmung mag zudem an der abstrakten Operationalisierung des Bedürfnisprinzips liegen – letztere bezieht sich auf das „Kümmern“ um andere und nicht auf eine konkrete Zuteilung von materiellen Ressourcen.

Die gleichmäßige Verteilung von Einkommen und Vermögen wird von etwas mehr als der Hälfte als gerecht empfunden. Mit Blick auf die aktuellen Ergebnisse von Kittel et al.¹⁸ stellt sich die Frage, ab welchem Ausmaß der Bedürftigkeit das Need- vom Equality-Prinzip ersetzt wird.

Das Statusprinzip kommt meist in hierarchischen oder bürokratischen Organisationen zum Einsatz und fußt auf dem dort erworbenen oder zugeschriebenen Status. Es wird oft mit der Verantwortung von Vorgesetzten bzw. statushöheren Personen den statusniedrigeren Personen gegenüber begründet. Wendet man nun das Statusprinzip auf die gesamte Gesellschaft an, so stellt sich die Frage nach einer in Österreich wahrgenommenen Verantwortung, die „Menschen aus Familien mit hoher gesellschaftlicher Stellung“ jenen Menschen gegenüber haben, welche aus statusniedrigeren Familien kommen. Insofern erscheint es beachtlich, dass lediglich knapp 60 % der RespondentInnen dieses Gerechtigkeitsprinzip als ungerecht empfinden. Möglicherweise spielt hier die traditionelle, noch aus Zeiten der Monarchie stammende Autoritätshörigkeit in Österreich eine Rolle. Österreich zählt in der klassischen Definition von Esping-Andersen¹⁹ zu den konservativen, hierarchisch und statusorientiert strukturierten Wohlfahrtsstaaten. Allerdings stellt sich ein großes Problem in der Operationalisierung, da „Privilegien“ begrifflich nur schwer fassbar sind bzw. viel mehr Interpretationsspielraum offenlassen als die beim Leistungs- und Bedürfnisprinzip verwendeten Begriffe „Einkommen“ und „Vermögen“.

4.2 Multivariate Auswertung

Die multivariate Auswertung erfolgt mittels binär-logistischer Regression. Eine solche ist zur Analyse des Einflusses mehrerer unabhängiger Variablen auf eine nominal skalierte, abhängige Variable geeignet. Dazu erfolgt eine Umcodierung der vier Prinzipien in 1 (stimme zu und stimme stark zu) und 0 (weder noch, lehne ab, lehne stark ab). Bei den Ergebnissen fällt zuerst auf, dass die subjektive Einordnung auf einer politischen Links-rechts-Skala als einzige erklärende Variable bei allen vier Prinzipien einen signifikanten Effekt zeigt: je

weiter links sich eine Person einordnet, umso eher hält sie Gleichheit und Bedürfnis für gerecht, je weiter rechts, umso eher Leistung und Status. Dieser Befund bestätigt die aus Literatur generierten Hypothesen bzw. Vorannahmen²⁰.

Weitere ausgewählte Ergebnisse der Regressionsanalyse:

- Personen, welche im Vergleich zu ihren Eltern einen höheren Bildungsabschluss haben, lehnen das Statusprinzip eher ab. Dieser nicht erwartete Effekt²¹ mag daher rühren, dass besagte BildungsaufsteigerInnen dafür große Anstrengungen unternehmen mussten. Personen aus statushöheren – im Sinne von bildungsnäheren – Familien hingegen haben bessere Startchancen und müssen sich daher tendenziell nicht so sehr anstrengen. Daher lehnen AufsteigerInnen eine Bevorzugung rein aufgrund des höheren Status (ohne in der Gegenwart dafür etwas zu leisten) ab. Bildung ist die wohl effektivste Möglichkeit, statusbezogene Privilegien von Menschen aus von vornherein „höheren“ Familien auszugleichen.
- Dass Personen mit höherem beruflichem Status das Gleichheitsprinzip eher ablehnen, ist aus Sicht der Utilitarismus-These nachvollziehbar.
- Die Arbeitsstunden zeigen einmal den erwarteten und einmal einen überraschenden Effekt: Je mehr man arbeitet, umso eher bevorzugt man das Status-, allerdings auch das Gleichheitsprinzip. Bei Letzterem ist dies insofern erstaunlich, da aus utilitaristischer Sicht angenommen werden kann, dass Personen, welche mehr bzw. länger arbeiten, auch mehr bezahlt bekommen möchten – bei Anwendung des Gleichheitsprinzips bekämen diese Personen genauso viel wie Personen, welche weniger als sie arbeiten.
- Dass Personen, welche nie länger als drei Monate arbeitslos und auf Arbeitssuche waren, eher das Gleichheitsprinzip für gerecht erachten als Personen mit einer solchen Erfahrung, widerspricht der Utilitarismus-These, da angenommen werden kann, dass eine gleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen Arbeitslosen zugutekommt. Es wäre also im Gegenteil eher zu erwarten, dass Personen, welche in ihrem Leben bereits über drei Monate arbeitslos und auf Arbeitssuche waren, eher für das Gleichheitsprinzip plädieren. Andererseits beträgt das Arbeitslosengeld in Österreich 55 Prozent des täglichen Nettoeinkommens des letzten Jahres und somit könnten Personen,

welche bereits diese finanziellen Einbußen in Kauf nehmen mussten und nun einen Job gefunden haben, es als gerecht erachten, dass auch zukünftige Arbeitslose nicht mehr bekommen sollen als sie selbst (was bei einer Gleichverteilung von Vermögen und Einkommen anzunehmen wäre).

- Ehemalige und aktuelle Gewerkschaftsmitglieder haben wie angenommen eine höhere Chance, dem Gleichheitsprinzip zuzustimmen.
- Erwartungsgemäß lehnen Personen mit höherem Nettohaushaltseinkommen das Bedürfnis- und Gleichheitsprinzip eher ab.
- Je eher eine Person zustimmt, dass sie – verglichen mit anderen Menschen in Österreich – eine faire Chance hätte, den Arbeitsplatz zu bekommen, den sie haben will, umso eher sinkt die Chance, dem Gleichheitsprinzip zuzustimmen.
- Dasselbe gilt für die Einschätzung der Gerechtigkeit des eigenen Nettoeinkommens und bestätigt in beiden Fällen die Vorannahmen²². Allerdings lehnen Personen das Statusprinzip umso eher ab, als je gerechter sie ihr Einkommen bewerten, was der Vorannahme widerspricht.

5. Resümee

Dieser Beitrag befasst sich mit der Frage nach der Präferenz von Prinzipien der Verteilungsgerechtigkeit in Österreich. Die größte Zustimmung erfahren mit über 90 % das Leistungs- sowie mit über 80 % das Bedürfnisprinzip. Etwas mehr als die Hälfte der Befragten erachtet das Gleichheitsprinzip für gerecht, das Statusprinzip wird mehrheitlich abgelehnt. In der Regressionsanalyse wird die Utilitarismus-These zwar meist bestätigt (z.B. höherer beruflicher Status, -> weniger Gleichheit; höheres Nettohaushaltseinkommen -> weniger Gleichheit und Bedürfnis, mehr Arbeitsstunden -> mehr Status, Gewerkschaftsmitglieder -> mehr Gleichheit), allerdings zeigen sich auch überraschende Ergebnisse (z.B. mehr Arbeitsstunden -> mehr Gleichheit, noch nie länger als 3 Monate arbeitssuchend -> mehr Gleichheit). Für alle vier Prinzipien gilt: je weiter links sich eine Person politisch einordnet, umso eher hält sie Gleichheit und Bedürfnis für gerecht, je weiter rechts, umso eher Leistung und Status. Nachdem sich zeigt, dass sozial Bessergestellte meist eine Verteilungsordnung bevorzugen, die in Ihrem eigenen Interesse liegt, ist es umso wichtiger, dass Menschen in prekären Lebenssituationen ein rationales Bewusstsein ihrer Interessenlagen entwickeln können.

Anmerkungen

1. Stiglitz 2003; Salverda et al. 2014; Tóth 2014; OECD 2015; Atkinson und » Bourguignon 2015, S. 1147–1208 zit. nach Liebig 2016, S. 2
2. Liebig 2016, S. 3
3. 2010, S. 49–52
4. 1992, S. 26
5. Gerlitz 2008, S. 6–7
6. Dieser Beitrag beruht auf der Masterarbeit „Einstellungen zu ordnungsbezogener Verteilungsgerechtigkeit“ aus dem Jahr 2020 von Paul Anzel
7. Adam und Yazdani 1999, S. 153
8. Adam und Yazdani 1999, S. 150; Leventhal 1980, S. 1, 3; Sabbagh et al. 1994, S. 244
9. Fetchenhauer 2010, S. 38–39
10. 1980, S. 16–17
11. 2010, S. 13
12. James 1992, zit. nach Liebig 1997, S. 144; Törnblöm 1992 zit. nach ebd; Liebig und Sauer 2016, 37–59
13. Liebig 1997, S. 303
14. Liebig 1997, S. 314; Liebig und Sauer 2016, S. 52
15. Kunovich und Slomczynski 2007 zit. nach Liebig und Sauer 2016, S. 52; Gerlitz et al. 2012 zit. nach ebd; Arts und Gelissen 2001; Aalberg 2003, S. 58–60; Hradil 2010, S. 59; Sachweh und Olafsdottir 2012 zit. nach Liebig und Sauer 2016, S. 52; Reeskens und van Oorschot 2013, S. 1177; Sachweh 2016, S. 306; Kittel 2017, S. 20
16. Leventhal 1980, S. 45
17. Liebig 1997, S. 72
18. 2020
19. 1990, S. 59ff. zit. nach Stolle und Rothstein 2004, S. 281
20. Scott et al. 2001; Michelbach et al. 2003 zit. nach Kittel 2017, S.18; Aalberg 2003, S. 58; Reeskens und van Oorschot 2013, S. 1178
21. Schmidt 2010, S. 15
22. Grausgruber 2005, S. 468; Arts und Gelissen 2001, S. 296
23. Liebig et al. 2016, S. 18

Literatur

- » Aalberg, Toril. 2003. *Achieving Justice: Comparative Public Opinion on Income Distribution*. Leiden: Brill.
- » Adam, Henning, und Catrin Yazdani. 1999. *Psychologische Gerechtigkeitsforschung*. In *Politische Gerechtigkeit*, Hrsg. Ulrich Druwe und Volker Kunz, 145–166. Opladen: Leske + Budrich.
- » Anzel, Paul. 2020. *„Einstellungen zu ordnungsbezogener Verteilungsgerechtigkeit. Eine Analyse möglicher Einflussfaktoren auf Einstellungen zu Prinzipien der ordnungsbezogenen distributiven Gerechtigkeit in Österreich“*. Masterarbeit, Wien: Universität Wien.

- » Arts, Wil, and John Gelissen. 2001. *Welfare States, Solidarity and Justice Principles: Does the Type Really Matter?* *Acta Sociologica* 44: 283–299.
- » Atkinson, A.B., und F. Bourguignon, Hrsg. 2015. *Handbook of Income Distribution*. Amsterdam: Elsevier.
- » Bierhoff, H.W. 1998. *Sozialpsychologie. Ein Lehrbuch*. Stuttgart u.a.O.: Kohlhammer.
- » Esping-Andersen, G. 1990. *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge, UK: Polity Press.
- » Gerlitz, Jean-Yves. 2008. *Persönlichkeit und Verteilungsgerechtigkeit – Die Bedeutung der „Big Five“ für die Präferenz von Gerechtigkeitsideologien*. Berlin: International Social Justice Project. Arbeitsgruppe für die Bundesrepublik Deutschland.
- » Gerlitz, Jean-Yves, K. Mühleck, P. Scheller, und M. Schenker. 2012. *Justice perception in times of transition: Trends in Germany, 1991–2006*. *European Sociological Review* 263–282.
- » Grausgruber, Alfred. 2005. *Mehr privat – weniger Staat? Zur Akzeptanz des Wohlfahrtsstaats in Österreich. In Österreich zur Jahrhundertwende*, Hrsg. Wolfgang Schulz, Max Haller und Alfred Grausgruber, 461–487. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- » Hradil, Stefan. 2010. *Wege und Irrwege zur sozialen Gerechtigkeit. Eine Sicht der Soziologie. In Antworten der empirischen Gerechtigkeitsforschung: Warum ist Gerechtigkeit wichtig?*, Hrsg. Detlef Fetschenhauer, Nils Goldschmidt, Stefan Liebig und Stefan Hradil, 47–63. Roman Herzog Institut.
- » Kittel, Bernhard. 2017. *Need-based Justice: A Sociological Perspective. In Need-based Distributional Justice: An Interdisciplinary Perspective*, Hrsg. Bernhard Kittel und S. Traub. Heidelberg: Springer.
- » Kittel, Bernhard, S. Neuhofer, und M. Schwaninger. 2020. *The impact of need on distributive decisions: Experimental evidence on anchor effects of exogenous thresholds in the laboratory*. *PLoS ONE*.
- » Kunovich, S., und K. M. Slomczynski. 2007. *Systems of distribution and a sense of equity: A multilevel analysis of meritocratic attitudes in post-industrial societies*. *European Sociological Review* 649–663.
- » Leventhal, Gerald S. 1980. *What Should be Done with Equity Theory? New Approaches to the Study of Fairness in Social Relationship*.
- » Liebig, Stefan. 1997. *„Soziale Gerechtigkeitsforschung und Gerechtigkeit in Unternehmen“*. München: Hampp.
- » Liebig, Stefan. 2010. *Warum ist Gerechtigkeit wichtig? Empirische Befunde aus den Sozial- und Verhaltenswissenschaften. In Antworten der empirischen Gerechtigkeitsforschung: Warum ist Gerechtigkeit wichtig?*, Hrsg. Detlef Fetschenhauer, Nils Goldschmidt, Stefan Liebig und Stefan Hradil, 10–27. Roman Herzog Institut.
- » Liebig, Stefan, Sebastian Hülle, und Meike May. 2016. *Principles of the Just Distribution of Benefits and Burdens: The „Basic Social Justice Orientations“ Scale for Measuring Order-Related Social Justice Attitudes*. *SSRN Electronic Journal*.
- » Liebig, Stefan, und Carsten Sauer. 2016. *Sociology of Justice. In Handbook*

- of *Social Justice Theory and Research*, Hrsg. Clara Sabbagh und Manfred Schmitt, 37–59. New York, NY: Springer New York.
- » Michelbach, P.A., J.T. Scott, R.E. Matland, und B.H. Bornstein. 2003. *Doing Rawls Justice: An Experimental Study of Income Distribution Norms*. *American Journal of Political Science* 523–539.
 - » OECD. 2015. *In It Together: Why Less Inequality Benefits All*. Paris: OECD Publishing.
 - » Reeskens, Tim, und Wim van Oorschot. 2013. *Equity, equality, or need? A study of popular preferences for welfare redistribution principles across 24 European countries*. *Journal of European Public Policy* 20: 1174–1195.
 - » Sabbagh, Clara, Yechezkel Dar, und Nura Resh. 1994. *The Structure of Social Justice Judgments: A Facet Approach*. *Social Psychology Quarterly* 57: 244.
 - » Sachweh, P., und S. Olafsdottir. 2012. *The welfare state and equality? Stratification realities and aspirations in three welfare regimes*. *European Sociological Review* 149–168.
 - » Sachweh, Patrick. 2016. *Social Justice and the Welfare State: Institutions, Outcomes, and Attitudes in Comparative Perspective*. In *Handbook of Social Justice Theory and Research*, Hrsg. Clara Sabbagh und Manfred Schmitt, 293–313. New York, NY: Springer New York.
 - » Salverda, Wiemer et al., Hrsg. 2014. *Changing inequalities in rich countries: analytical and comparative perspectives*. First edition. Oxford, United Kingdom: Oxford University Press.
 - » Schmidt, Alexander. 2010. *The Experience of Social Mobility and the Formation of Attitudes Towards Income Redistribution*.
 - » Scott, J.T., R.E. Matland, P.A. Michelbach, und B.H. Bornstein. 2001. *Just Deserts: An Experimental Study of Distributive Justice Norms*. *American Journal of Political Science* 749–767.
 - » Stiglitz, J. 2003. *The Price of Inequality: How Today's Divided Society Endangers Our Future*. New York: W.W. Norton.
 - » Tóth, I.G. 2014. *Revisiting grand narratives of growing income inequalities: Lessons from 30 country studies*. In *Changing inequalities in rich countries: analytical and comparative perspectives*, Hrsg. Wiemer Salverda et al., 11–47. Oxford, United Kingdom: Oxford University Press.
 - » Walzer, Michael. 1992. *Sphären der Gerechtigkeit. Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit*. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag.